

Schwierige Situation an vielen öffentlichen Schulen

«Jugend und Familie» – von Celsa Brunner

Die Besorgnis vieler Eltern über den Zustand der Volksschule wächst immer mehr. Als Alternativen bieten sich Homeschooling, freie Schulen oder Privatschulen. Doch der Weg dahin ist oft steinig.

Schweizerische Akademiker- und Studentenzeitung
September 2012

Jede(r) sechste Schülerin oder Schüler einer Klasse erreicht in unserem Land das minimale Lernziel nach neun Schuljahren nicht. Zwölf Prozent brechen die Schule vorzeitig ab. Jedes Jahr werden allein im Kanton Zürich Millionen von Franken für Therapien ausgegeben. Der Ritalin-Verbrauch steigt Jahr für Jahr.

Die heterogene Zusammensetzung vieler Klassen (vor allem in Agglomerationen), das teilweise sinkende Leistungsniveau und die wachsende Bürokratisierung sind negative Faktoren, welche manche Schüler, Eltern und Lehrer zunehmend belasten. Hinzu kommt, dass über die letzten Jahre eine Schulreform die andere gejagt hat. Viele gute Lehrpersonen geben auf oder wechseln den Beruf. Am Horizont steht jetzt der ominöse Lehrplan 21, der offenbar bald in die Vernehmlassung geht. Das unheilvolle, ideologisch geprägte Wirken pädagogischer Theoretiker scheint ungebremst.

Erziehung an den Staat ausgelagert

Gleichzeitig fliesst die Schulpolitik immer mehr mit der Familienpolitik zusammen: Sie wird Bestandteil des höheren Bestrebens, die Erziehung weitgehend an den Staat auszulagern.

Zwecks Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität sollen immer mehr Mütter in den ausserhäuslichen Erwerbsprozess gezwungen werden. Die Belastung v.a. der Mittelstandsfamilien mit Gebühren, Steuern und Prämien wächst ständig, sodass sie sich nicht mehr selber durchbringen können und zwangsläufig auf ein Zweiteinkommen angewiesen sind. Versüsst wird der Prozess mit «Angeboten» für «familienergänzende» staatliche Strukturen.

Jüngstes Projekt in diese Richtung ist die Schaffung eines sogenannten «Familienartikels» in der Verfassung. Der vom Bundesrat letzten Februar lancierte Vorschlag sieht vor: «Bund und Kantone fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Ausbildung und sorgen für ein bedarfs-

gerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen.»

Was mit dem schönen Titel «Familienartikel» daherkommt, ist nichts anderes als die weitere Auslagerung der Erziehungsverantwortung vom Elternhaus an die parastaatliche Krippe und die Volksschule. Für Familien, die ihre Kinder noch eigenverantwortlich erziehen möchten, wird es immer schwieriger. Besonders eindrücklich zeigt sich dies im Umgang mit den Privatschulen.

Alternativen: «Schule zuhause» oder Privatschule

Wer mit der Volksschule nicht zufrieden ist, hat zwei Ausweichmöglichkeiten, nämlich den Unterricht zuhause («Homeschooling») oder die Privatschule.

Homeschooling ist in der Schweiz – im Gegensatz zu Deutschland – erlaubt, doch unterscheiden sich die gesetzlichen Grundlagen je nach Kanton. Guten Überblick gibt www.crux-move.com/SwissHomeSchooling.

ner Privatschule eine weitere Alternative. Finanziell kommt man dabei allerdings bald einmal ans Limit.

Die Eltern werden nämlich gleich doppelt zur Kasse gebeten: Einerseits bezahlen sie via Steuern die öffentliche Schule (welche ihre Kinder ja gar nicht besuchen) und andererseits müssen sie die Privatschule (in den meisten Kantonen) aus eigener Tasche voll berappen. Nur fünf bis sieben Prozent der Schweizer Kinder im Primarschulalter besuchen heute eine Privatschule.

Seit Jahren versucht die Elternlobby Schweiz, diesen Zustand über kantonale Initiativen zu verändern und eine echte Wahlmöglichkeit zu bieten. In einer Reihe von Kantonen fanden Abstimmungen zur freien Schulwahl statt, wonach der Staat einen Beitrag für den Besuch einer sog. Freien Schule übernehme. Leider sind die entsprechenden Volksabstimmungen massiv gescheitert, so in Baselland (fast 80 % Nein), St. Gallen (82 % Nein), Thurgau (83 %

Etwa Zürich und St. Gallen haben den Privatunterricht in den letzten Jahren stark eingeschränkt. In Zürich darf solcher seit Sommer 2008 grundsätzlich nur noch von ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern erteilt werden. Auch Bern hat sein Volksschulgesetz 2008 dahingehend verschärft, dass Eltern beim Heimunterricht von «pädagogisch ausgebildeten Personen» angeleitet werden müssen. In St. Gallen untersagte das Verwaltungsgericht einer Familie den privaten Unterricht ihrer Kinder. Es bestehe kein direkt einklagbarer Anspruch, privaten Einzelunterricht erteilen zu dürfen, hielt das Gericht fest. Obwohl es auch einige liberale Kantone gibt, ist das Homeschooling also stark beschränkt.

Steinigtes Pflaster für Freie Schulen

Für Familien, die mit der weltanschaulichen oder leistungsmässigen Ausrichtung der Volksschule nicht zufrieden sind, bietet der Besuch ei-

Nein) und zuletzt im Kt. Zürich mit fast 82 % Nein-Stimmen.

Unverständliche Staatsgläubigkeit

Die meisten Länder Europas kennen die freie Schulwahl und haben damit gute Erfahrungen gemacht. In keinem Land wurde die freie Schulwahl wieder abgeschafft. Nebst der Schweiz schreibt der Staat nur noch gerade in Griechenland, Portugal und Frankreich abschliessend vor, in welche Schule jedes Kind zu gehen hat.

Die Befürchtung, die freie Schulwahl führe zu einer Zweiklassen-Bildung, hat sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil: Eine solche ist eher dort festzustellen, wo nur Gutbetuchte sich Privatschulen leisten können. Die schweizerische Staatsgläubigkeit im Erziehungswesen ist vor diesem Hintergrund schwer nachvollziehbar.

Der Staat als quasi Monopol-Bildungsanbieter muss sich bewusst sein, dass er nie alle schulgesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigen kann. Beispielsweise wenn ein Kind gemobbt wird, gibt es im Staatssystem kaum eine befriedigende Lösung. In breiten Bevölkerungskreisen besteht ein Bedürfnis nach Schulen, die sich weniger an Benchmark-Ergebnissen und Standard-Tests orientieren, als vielmehr an Werten jenseits des New-Public-Management.

Christliche Schulen mit besonderem Auftrag

Der Staat greift heute immer stärker in private, im Verantwortungsbereich der Familie liegende Lebensbereiche ein (Sexualerziehung, Präventionskampagnen, usw.). Dabei wird eine permissive Moral propagiert, die im diametralen Gegensatz zu den christlichen Werten steht.

Christliche Schulen haben demgegenüber eine andere Ausrichtung. Gerade wenn die Kirchengemeinden neue Rekorde erreichen, stärken sie das Bewusstsein, dass die Kultur Europas auf dem christlich-abendländischen Erbe beruht. Sie setzen damit ein unabdingbares Gegengewicht: Glaube, Liebe, Treue, Hoffnung anstelle flächendeckend vermittelter, permissiver Moralvorstellungen.

Artikel 26 Absatz 3 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bestimmt: «Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.» Dieses Recht dürfen wir uns nicht nehmen lassen!